

V-39 Der Organisierten Kriminalität den Riegel vorschieben

Antragsteller*in: Anna Katharina di Bari (KV Bochum)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Organisierte Kriminalität (OK) gehört zu den größten Gefahren der Inneren Sicherheit. Dennoch bekommt das Thema nur selten Aufmerksamkeit. In gesellschaftlichen Debatten dominiert häufig ein verzerrtes und klischeehaftes Bild von kriminellen Gruppen der Organisierten Kriminalität.

Organisierte Kriminalität verursacht enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden – in Deutschland, Europa und weltweit. Kriminelle Akteur*innen arbeiten hochvernetzt und arbeitsteilig zusammen. Laut dem Bundeslagebild Organisierte Kriminalität wird in mehr als zwei Dritteln der polizeilichen Ermittlungen eine internationale Zusammenarbeit von Angehörigen der Organisierten Kriminalität festgestellt.

Die durch die Organisierte Kriminalität verursachten Schäden sind enorm und eine Gefahr für die Demokratie: Gewalt gegen Menschen destabilisiert global ganze Länder – gerade im Drogenhandel. Einflussreiche Organisationen, wie die italienische 'Ndrangheta oder die Cosa Nostra, erzielen Milliarden Gewinne und bilden Strukturen, die rechtsstaatliche Strukturen unterwandern. Größere Ermittlungsverfahren der letzten Jahre haben – auch in Deutschland – ein Schlaglicht auf ihre Tätigkeiten geworfen. Doch es gibt viele Anzeichen, dass sie nur die Spitze des Eisberges zeigen.

Denn Organisierte Kriminalität bleibt häufig unsichtbar: Gerade professionelle Gruppen meiden die öffentliche Ausübung von Gewalt. Vielmehr setzen sie auf eine Unterwanderung von Gesellschaft und Wirtschaft. Die gesellschaftlichen Folgen sind aber nicht weniger relevant. Trotz eines häufig unauffälligen Agierens von kriminellen Gruppen, lässt sich auch in Europa eine zunehmende Gewaltbereitschaft feststellen. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigativen Journalisten*innen in den letzten Jahren. So wurden Daphne Caruana Galizia 2017 in Malta, Ján Kuciak 2018 in der Slowakei und Peter Rudolf de Vries 2021 in den Niederlanden getötet. Sie alle haben zur Organisierten Kriminalität und Verbindungen in die Wirtschaft und Politik unerschrocken recherchiert und kriminelle Aktivitäten aufgedeckt.

Als Bündnis 90/Die Grünen setzen wir auf einen multidisziplinären Ansatz, der den Blick darauf richtet, wer die Betroffenen von Organisierter Kriminalität sind und wie langfristig durch eine Zusammenarbeit von Strafverfolgung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Justiz der Organisierten Kriminalität der Riegel vorgeschoben werden kann. Wir arbeiten dafür, dass das Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität ein wirklicher Schwerpunkt der Sicherheitspolitik wird!

Unterwanderung von Gesellschaft und Wirtschaft unterbinden

Ein wesentliches Merkmal der Organisierten Kriminalität ist es, andere gesellschaftliche Bereiche zu durchdringen und die Wirtschaft zu unterwandern. Gerade einflussreiche Akteur*innen setzen auf eine unverdächtig erscheinende

41 Fassade und haben wenig mit den schießwütigen Klischees gemein. Allerdings ist
42 der gesellschaftliche Schaden enorm, wenn Kriminelle im großen Maßstab in legale
43 Wirtschaftsbereiche investieren oder öffentliche Stellen korrumpieren - das gilt
44 etwa bei Immobilien oder in der Gastronomie. So werden Wettbewerbsbedingungen
45 verzerrt, rechtschaffene Unternehmer*innen geraten unter Druck und
46 Verbraucher*innen durch hohe Preise oder schlechte Produkte belastet.

47 Wir wollen, dass organisierte Wirtschaftsstraftaten in den Fokus genommen
48 werden. Dafür setzen wir auf einen stärkeren Austausch von Sicherheits-, Finanz-
49 und Ordnungsbehörden. Die Einflussnahme und Unterwanderung von staatlichen
50 Stellen müssen stärker betrachtet werden. Hierfür braucht es zuverlässige
51 Hinweisgeberstellen sowie eine verstärkte Aufklärung und Schulungen von
52 Verwaltungsangestellten und Beamten*innen.

53 Konsequente Strafverfolgung durch gut aufgestellte Ermittlungsbehörden

54 Ermittlungen gegen Gruppierungen der Organisierten Kriminalität sind komplex,
55 langwierig und teuer. Damit unsere Sicherheitsbehörden gegen die Organisierte
56 Kriminalität wirksam vorgehen können, brauchen sie politischen Rückhalt und
57 ausreichend Ressourcen.

58 Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt werden, aufwändige
59 und komplexe Strukturermittlungsverfahren zu führen, die die häufig sehr
60 komplexen Netzwerke aufdecken. Ermittlungserkenntnisse müssen konsequent verfolgt
61 und so der Ermittlungsdruck dauerhaft hochgehalten werden. Die systematisierte
62 Sammlung und das Zusammenführen von Ermittlungsergebnissen ist aufwendig - doch
63 nur so können Muster erkannt und Ermittlungen in diese Richtung gelenkt werden
64 können. Hierbei sollte auch häufiger die Expertise von Wissenschaftler*innen
65 genutzt werden. Es ist der aussichtsreichste Weg, um langfristig kriminelle
66 Netzwerke aufzuklären und Hintermänner zu überführen.

67 Dafür muss die Kriminalpolizei bei Bund und Länder gestärkt und mit ausreichend
68 und qualifizierten Personal ausgestattet werden. Das Bundeskriminalamt, die
69 Bundespolizei und der Zoll müssen hier einen klaren Schwerpunkt legen.
70 Quereinstiegsmöglichkeiten für Fachleute aus der Wissenschaft und Wirtschaft
71 müssen weiter ausgebaut werden, um externe Fachexpertise für die Polizei nutzbar
72 zu machen. Wir wollen, dass in der Aus- und Fortbildung und an den
73 Fachhochschulen der Polizei ein stärkerer Fokus auf die Bekämpfung des
74 organisierten Verbrechens gelegt wird.

75 Die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden wollen wir auch durch die
76 gesetzliche Verankerung des periodischen Sicherheitsberichts stärken.

77 Moderne Ausstattung und Technik für neue Herausforderungen

78 Eine Moderne Polizeiarbeit braucht moderne Strukturen. Ebenso wie sich unsere
79 Gesellschaft rasant ändert, ändern sich auch kriminelle Vorgehensweisen. Gerade
80 die schnelle und tiefe Durchdringung der Digitalisierung bietet neue
81 Tatgelegenheiten. Ein Ausdruck hiervon sind digitale Betrugs- oder
82 Erpressungsdelikte. Gleichzeitig bieten solche Taten neue Ermittlungsansätze für
83 die Sicherheitsbehörden.

84 Wir wollen, dass die IT-Ausstattung zwischen den Ländern fortlaufend
85 modernisiert und dringende Investitionen getätigt werden. Polizeibehörden müssen
86 Daten zuverlässig und sicher austauschen können. Dafür muss die IT-Architektur

87 endlich harmonisiert und modernisiert werden. Daneben sind bürgerrechtsschonende
88 und effektive Instrumente der Datenauswertung notwendig. Hier setzen wir auf
89 deutsche und europäische Lösungen.

90 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken und europäisch handeln

91 Kriminelle Gruppen arbeiten hochvernetzt und international zusammen. Damit
92 Behörden schlagfertig gegen Kriminelle vorgehen können, müssen wir die
93 Kooperation stärken. In Deutschland sind sechzehn Landeskriminalämter,
94 zahlreiche Polizeipräsidien, das BKA, die Bundespolizei, der Zoll und teils
95 sogar der Verfassungsschutz, mit der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
96 betraut. Wir wollen durch die Schaffung eines „Gemeinsamen Zentrums zur
97 Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ die Zusammenarbeit der Behörden in
98 unserem föderalen System auf gesetzlicher Grundlage verbessern.

99 Wichtige Erfolge bei der Aufdeckung von OK-Netzwerken hat es durch die
100 gleichzeitige Ermittlung in verschiedenen EU-Ländern unter Beteiligung von
101 Eurojust gegeben, etwa bei einer gemeinsamen Operation „Eureka“ im Jahr 2023 mit
102 Beamten aus zehn Ländern, bei der Haftbefehle aufgrund der Mitgliedschaft in
103 einer kriminellen Vereinigung, der systematischen Geldwäsche und des Handels mit
104 Betäubungsmitteln und Kokain vollstreckt wurden.

105 Diese Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn möchten wir stärken.
106 Hierfür wollen wir die europäische Polizeibehörde Europol zu einem Europäischen
107 Kriminalamt weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten
108 ausstatten. Die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EStA) wollen
109 wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
110 ausweiten. Gemeinsame europäische Ermittlungsverfahren (Joint-Investigation-
111 Teams) wollen wir fördern und durch den stärkeren Einsatz von Kontaktbeamt*innen
112 unterstützen. Die Gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen wollen
113 wir ausbauen und stärker im Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität nutzbar
114 machen.

115 Eine handlungsfähige Justiz gegen die Organisierte Kriminalität

116 Ein handlungsfähiger Rechtsstaat ist die Grundlage für ein erfolgreiches
117 Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität. Wir wollen, dass die Justiz
118 gestärkt und gut ausgestattet für komplexe OK-Verfahren wird. Daher ist die
119 konsequente Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat für uns von großer
120 Bedeutung, der z.B. die Schaffung von zusätzlichen Stellen in der Justiz
121 vorsieht. Wir wollen, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Bereich der
122 Organisierten Kriminalität gegründet werden, um konsequenter gegen kriminelle
123 Gruppierungen vorgehen zu können.

124 Aussagen von Zeug*innen sind enorm wichtig bei der Aufklärung von Straftaten und
125 im Vorgehen gegen die Organisierte Kriminalität. Damit Zeug*innen und
126 Aussteiger*innen zu Kooperationen bereit sind, müssen entsprechende
127 Zeugenschutzprogramme besser ausgestattet werden.

128 Wir wollen, dass Menschen und ihren Familien ohne Aufenthaltstitel schnell und
129 unbürokratisch Schutz geboten und ein Bleiberecht zugesprochen wird, wenn sie
130 bei der Aufklärung von Straftaten mitwirken. Aussagen von Kronzeug*innen wollen
131 wir stärker bei der Aufklärung von Aktivitäten der Organisierten Kriminalität
132 nutzbar machen und hier die europäische Zusammenarbeit stärken. Wir wollen, dass
133 Organisierte Kriminalität besser verfolgbar wird. Geldwäsche und andere

134 Phänomene Organisierter Kriminalität werden in der juristischen Ausbildung
135 häufig vernachlässigt und in der Praxis aufgrund ihrer Komplexität häufig nicht
136 ausreichend priorisiert. Mit Schwerpunktstaatsanwaltschaften wie in NRW ändern
137 wir das - und setzen uns zudem für die Weiterentwicklung des Straftatbestands
138 der kriminellen Vereinigung ein, damit er ein scharfes und zielgenaues
139 Instrument wird.

140 Konsequenz gegen Geldwäsche vorgehen

141 Deutschland gilt als ein wichtiges Zielland für Geldwäsche. Eine vielbeachtete
142 Studie kommt gar zum Schluss, dass in Deutschland rund 100 Milliarden Euro
143 jährlich „gewaschen“ werden. Organisierte Kriminalität ist ohne Geldwäsche nicht
144 denkbar, das BKA stellt in rund einem Drittel der OK-Verfahren
145 Geldwäscheaktivitäten fest. Gleichzeitig bleiben die Vermögenssicherungen auf
146 einem relativ geringen Niveau.

147 Wir wollen, dass endlich entschieden gegen diese Machenschaften vorgegangen wird
148 und Täter*innen dort getroffen werden, wo es am meisten weh tut: Bei illegal
149 erlangtem Vermögen. Das Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität muss
150 zu einer schlagkräftigen Finanzpolizei ausgebaut werden.

151 Damit sich Verbrechen nicht lohnen, wollen wir die Vermögensabschöpfung stärker
152 nutzbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Instrument der
153 administrativen Abschöpfung von Vermögensgegenständen in Deutschland endlich
154 genutzt wird. Dieser Weg ermöglicht es, verdächtigen Vermögenswerte bereits
155 unterhalb der Schwelle für einen strafrechtlichen Anfangsverdacht nachzugehen.
156 Besonders bei komplexen Geldwäsche-Strukturen kommt der vortatenzentrierte
157 Ansatz an seine Grenzen, sodass ein Fokus auf präventiven Finanzaufklärungen
158 eine effektivere Verfolgung von Finanzkriminalität ermöglicht.

159 Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die Expertise über den
160 Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder nutzbar machen. Um der
161 Verschleierung von Vermögenswerten durch komplexe und unübersichtliche
162 Unternehmensstrukturen entgegenzuwirken, wollen wir das Transparenzregister
163 weiterentwickeln.

164 Kriminelle Märkte trockenlegen und eine moderne Drogenpolitik betreiben

165 Der Handel mit illegalen Drogen zählt seit jeher zu einem Hauptbetätigungsfeld
166 der Organisierten Kriminalität. Durch die Legalisierung von Cannabis haben wir
167 Teile des Marktes trockengelegt. Nun gilt es die Cannabisgesetzgebung
168 weiterzuentwickeln, damit Konsument*innen geschützt bleiben und der Handel mit
169 Cannabis langfristig dem Schwarzmarkt entzogen wird.

170 Enorme Umsätze erzielen kriminelle Gruppen mit dem Handel von Kokain.
171 Wiederholte Sicherstellungen von Kokain im Tonnenbereich – insbesondere im
172 Hamburger Hafen – haben Sicherheitsbehörden einen seltenen Einblick in den
173 internationalen Drogenhandel gegeben. Für uns ist klar, wenn kriminelle
174 Gruppierungen Drogen im Verkaufswert im Bereich von vielen hundert Millionen
175 Euro bewegen, erwächst hieraus ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko. Wir wollen,
176 dass die dahinter liegenden Strukturen stärker in den Blick genommen und
177 zerschlagen werden. Wir wollen, dass Aufklärungs- und Präventionsprogramme
178 gestärkt werden, um den Konsum von illegalen Drogen zu reduzieren.

179 Umweltkriminalität als ernste Gefahr verstehen

180 Für die Organisierte Kriminalität waren Umweltstraftaten schon immer ein
181 wichtiges Betätigungsfeld. Dazu zählt die illegale Entsorgung von hochgiftigen
182 Abfällen ebenso wie der illegale Holzeinschlag oder Wildtierhandel.

183 Wir wollen, dass die organisierte Umweltkriminalität stärker kriminalistisch
184 betrachtet und verfolgt wird. Dafür müssen die Aufmerksamkeit und Sensibilität
185 für die Umweltkriminalität bei Polizei und Justiz gesteigert werden. Hierfür
186 braucht es entsprechende Aus- und Fortbildungen.

187 Die internationale Kooperation in diesem Deliktsfeld muss dringend ausgebaut und
188 eine stärkere Vernetzung durch Europol erfolgen. Wir wollen, dass das
189 Umweltstrafrecht geschärft und Straftaten konsequent geahndet werden.

190 Organisierte Kriminalität nicht isoliert betrachten

191 Die Organisierte Kriminalität hat häufig Überschneidungen zu anderen kriminellen
192 Milieus. So greifen terroristische Gruppierungen immer wieder auf die Expertise
193 oder illegale Dienstleistungen der Organisierten Kriminalität zurück. Beispiele
194 hierfür sind die Beschaffung von Waffen oder gefälschten Dokumenten.
195 Gleichzeitig lässt sich immer wieder feststellen, dass islamistische oder
196 rechtsextreme Gruppierungen mit illegalen Waren und vor allem Drogen handeln, um
197 ihre Aktivitäten zu finanzieren. Darüber hinaus lässt sich zunehmend
198 feststellen, dass autoritäre Staaten mit der Organisierten Kriminalität
199 zusammenarbeiten, um Warenflüsse zu organisieren und so Kontrollmechanismen und
200 Sanktionen zu umgehen.

201 Wir wollen, dass die Überschneidungen von Terrorismus und Organisierten
202 Kriminalität stärker betrachtet und Erkenntnisse systematisch und kontinuierlich
203 zusammengeführt werden. Internationale Verbindungen von unterschiedlichen
204 kriminellen Akteur*innen müssen stärker im Rahmen der europäischen Außen- und
205 Sicherheitspolitik aufgeklärt werden.

206 Die Zivilgesellschaft einbeziehen und Entwicklungen im Blick behalten

207 Ein nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Gruppen kann nur gemeinsam mit der
208 Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen Gruppen und Organisationen stärken, die
209 Aufklärung betreiben oder als Anlaufstelle für von Kriminalität betroffene
210 Personen dienen. Dazu zählt, dass wir durch die Zivilgesellschaft gewonnene
211 Erkenntnisse stärker in die kriminalpolizeiliche Arbeit einbeziehen.
212 Gleichzeitig wollen wir die Arbeit der Sicherheitsbehörden, unter klaren
213 Voraussetzungen, stärker für die wissenschaftliche Forschung öffnen. Die
214 Forderung der Zivilgesellschaft nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle zur
215 Organisierten Kriminalität unterstützen wir.

216 Wir wollen, dass zuverlässige Anlaufstellen bei den Sicherheitsbehörden für
217 Hinweisgeber oder aus der Kriminalität ausstiegswillige Personen geschaffen
218 werden. Investigative Journalist*innen spielen eine enorm wichtige Rolle bei der
219 Aufdeckung von kriminellen Aktivitäten und Netzwerken der OK. Wir wollen, dass
220 der Schutz von Journalist*innen gestärkt und höchste Priorität bei den
221 Sicherheitsbehörden erhält.

weitere Antragsteller*innen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Marcel Emmerich (KV Ulm); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Lukas Benner (KV Aachen); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Julia Höller (KV Bonn); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Jan Wulff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Lena Gumnior (KV Verden); Max Lucks (KV Bochum); Tobias Koch (KV Köln); Ursula Stark Urrestarazu (KV Bonn); Antje Westhues (KV Bochum); Katharina Schulze (KV München); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen); Omid Arzani (KV Bonn); Sina Theresa Imhof (KV Hamburg-Nord); sowie 135 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.